Zwischen Krawatte und Kampfanzug

Der Bandenterror der Stammesmilizen im Nordosten für mehr Autonomie und gegen bengalische Einwanderer wird immer brutaler

Thomas Schmitt

Am Vorabend des Unabhängigkeitstages am 15. August stürmten Rebellen der *All Tripura Ti- ger Force* (ATTF) im nordöstlich gelegenen Unionsstaat Tripura in rund 50 Kilometer Entfernung von der Landeshauptstadt Argartala zwei Dörfer und töteten 30 Bewohner. Die überwiegend bengalischen Opfer wurden gegen 22 Uhr aus ihren Häusern gezerrt und aus nächster
Nähe erschossen. Unter den Getöteten: zwölf Frauen und neun Kinder. Damit macht ein alter
Konflikt um Macht, Interessen und Ressourcen, der seit 1947 schon fast 50.000 Menschenleben kostete, neue Schlagzeilen.

Ticht allein, daß die indische Staatsmacht an der Westgren ze des Landes einen fast aussichtlosen Kampf gegen die vermutlich vom pakistanischen Militärgeheimdienst ISI unterstützten muslimischen Terrorgruppen in Kashmir führt, sieht sie sich Just zu den prestigeträchtigen Feierlichkeiten des 56. Unabhängigkeitstages wieder mit Gewaltakten verschiedener Se-Paratisten- und Terrorgruppen in der Nordostregion konfrontiert. Dabei hätte man vorgewarnt sein müssen. Auch dieses Mal waren dem Massaker gleich mehrere Streikaufrufe verschiedener Organisationen, einzelne Überfälle und Morde vorausgegangen. Schon zuvor wurden auf einem belebten Markt in Jubotara, zwölf Kilometer nördlich von Agartala, zwei Menschen erschossen und vier weitere schwer verletzt. Jedoch können nicht alle in jüngster Zeit durchgeführten Anschläge der All Tripura Tiger Force angelastet werden. Denn bei einem weiteren Zwischenfall, bei dem zehn Angehörige von paramilitärischen Einheiten der Zentralregierung in einem Feuergefecht getötet wurden, zeichnete die ebenfalls verbotene National Liberation Front of Tripura (NLFT) verantwortlich. Was steckt hinter diesem mittlerweile vollkommen verrohten, auf dem Rücken unbe

teiligter und mit aller Härte zwischen Aufständischen, tripurischer Landes- und indischer Zentralregierung ausgetragenen Konflikt?

Briten und Bengalen: Das koloniale Erbe

Tripura ist neben Assam, Arunachal Pradesh, Manipur, Meghalaya, Mizoram und Nagaland mit 10.491 Quadratkilometer der Fläche nach zwar der kleinste, aber mit über drei Millionen Menschen neben Assam der am dichtesten besiedelte Unionsstaat im Nordosten. Noch um das Jahr 1900 stellten in Tripura indigene Gruppen wie z. B. die Tripuris, Chakmas, Jamatias, oder auch die Lushais knapp 95 Prozent der Bevölkerung. Doch bereits zur britischen Kolonialzeit setzte eine folgenschwere Entwicklung ein, bei der die abgelegene Bergregion einer tiefgreifenden ökonomischen und sozialen Transformation unterworfen wurde. Die Kolonialherren hatten ungeachtet der lokalen Traditionen der ansässigen Bevölkerungsgruppen in hoher Anzahl gut ausgebildete_und der englischen Sprache mächtige, aber im Gegensatz zur indigenen Bevölkerung hinduistische Bengalen aus Kalkutta ins Land gebracht. Als Folge resultierte daraus, daß die Nachfahren der damals zum Auf- und Ausbau der britischen Verwaltung notwendigen Beamten zuweilen bis heute den Beamten- und Verwaltungsapparat dominieren und den Zugang für andere Bevölkerungsgruppen blockieren. Nach der Unabhängigkeit Indiens sollten zwar die gebildeten indigenen Bevölkerungsgruppen über eigens für sie geschaffene Quoten mit den Bengalen um die wenigen Stellen in Bürokratie, Erziehungs- und Gesundheitswesen konkurrieren; sie blieben jedoch aufgrund fortdauernder und über Jahrzehnte gefestigte Klientel- und Patronagebeziehungen zumeist außen vor.

Für zusätzlichen Zündstoff sorgte, daß die in großer Anzahl nach der Teilung Indiens eingewanderten bengalischen Hinduflüchtlinge aus dem damaligen Ostpakistan sowie die 1971 im Zuge der Gründung Bangladeshs ins Land eingewanderten Bengalen den Anteil der Stammesgruppen an der Gesamtbevölkerung zunächst auf unter 50 und bis heute sogar auf unter 28 Prozent sinken ließ. Die ursprünglich in Tripura beheimateten Stammesgruppen wurden somit in wenigen Dekaden zur Minorität im "eigenen" Land. Wiederkehrende Umweltkatastrophen, anhaltender Hunger und ökonomische Zwänge im Nachbarland bewegen indessen immer wieder

muslimische Armutsflüchtlinge aufs Neue, in den angrenzenden Unionsstaat überzusiedeln. Die schon von der britischen Kolonialmacht eingeleitete Entwicklungen - zusammen mit den demographischen Veränderungen nach der Erlangung der Unabhängigkeit - konnten in Tripura somit ein vielschichtiges Geflecht aus Überfremdungsängsten und gegenseitiger kultureller wie auch sozialer Diskriminierung heraufbeschwören, das sich bis heute in vereinzelten aber grausamen Terroranschläge gegen Einwanderergruppen entlädt.

Fadenscheinigen politischen Wortführern bot das Gefühl vieler Einheimischer, von eingewanderten Bengalen beherrscht und verwaltet zu werden, einen willkommenen Ansatzpunkt, um Ressentiments gegen die Einwanderer zu schüren. So gab die hinduistisch dominierte und 1967 von Stammesangehörigen gegründete Tripura Upajati Juba Samiti (TUJS) zunächst vor, sich der Probleme aller Stammesgruppen anzunehmen. Sie forderte ein Landreformgesetz, das die Rückgabe von Stammesland ermöglichen sollte. Das Bestreben wurde in der aufgeheizten Stimmung jedoch zugleich vom eigenen militanten Ableger, der Tripura Sena (TS), torpediert und zog, von ersten kleinen Anschlägen begleitet, das Scheitern der mit der Zentralregierung geführten Verhandlungen nach sich. Aufgrund der Aussichtlosigkeit, die Rückgabe von Stammesland auf diesem Wege weiterverfolgen zu können, radikalisierte sich die TS zunehmend und wurde immer häufiger in Auseinandersetzungen mit der indischen Armee wie auch den paramilitärischen Kräften der Zentralregierung verwickelt. Als sich die Organisation 1978 zum Zweck der Konsolidierung mit der TUJS zusammenschloß und sich in Tripura National Volunteers (TNV) umbenannte, begann sie erstmals ein ethnisch reines tribal homeland zu postulieren, aus dem alle nach 1950 eingewanderten Bengalen ausgewiesen werden sollten.

Stammesaktivisten zwischen **Terror und Karriere**

Weder die Zentralregierung noch die Vertreter der lokalen Parteien haben bis heute die Lage in den Griff bekommen. Um von den eigenen politischen Verfehlungen abzulenken, flüchten sich die Akteure unterdessen in einen rücksichtslosen Kampf mit dem jeweiligen politischen Gegner und bedienen sich wechselseitig der zahlreichen gesellschaftlichen Verlierer, welche die politische und soziale Transformation in der Nordostregion mit sich gebracht hat. Im Vordergrund stehen hierbei immer wieder die Sicherung und der Ausbau der eigenen Machtposition. Während der ersten Linksfront-Regierung beispielsweise, unterstützte die in der Opposition befindliche lokale Congress Party stillschweigend die TNV, die von ihren in Bangladesh befindlichen Basen aus die Parteigänger der regierenden Communist Party of India (Marxist) (CPI-M) überfiel und tötete. Als die Congress Party 1988 unverhofft wieder ins Landesparlament einziehen konnte, wurde zwar offiziell ein Waffenstillstand ausgehandelt, dessen Manko jedoch darin bestand, daß er mit weitreichenden Amnestieregelungen erkauft worden war. Nicht wenige der ehemaligen TNV-Aktivisten tauschten schnell ihre Guerillakampfmontur gegen Anzug und Krawatte und damit das unbequeme Leben im nordostindischen Dschungel gegen lukrative wie auch prestigeträchtige Posten in der Administration ein. Als die Umsetzung einer vereinbarten Teilrückgabe von Stammesland wiederum ins Stocken geriet und das von Korruption und Mißwirtschaft geprägte politische Tagesgeschäft in Tripura auch Exaktivisten zu vereinnahmen begann, tauchten einige von ihnen wieder in den Untergrund ab und nahmen den bewaffneten Kampf sowohl gegen die Landes- als auch die Zentralregierung wieder auf.

Im Zuge dieser Entwicklungen konnten sich mit der ATTF und der NLFT zwei Separatistenorganisationen in Position bringen, die in den letzten zwölf Jahren Tausende Personen entführt und Hunderte von Menschen getötet haben. Während die ATTF hierbei die stillschweigende Unterstützung durch die lokale CPI(M) genießt, wird die NLFT über undurchsichtige Kanäle von der lokalen Congress-Fraktion protegiert. Im Visier beider Gruppen stehen neben fremden Siedlern und auswärtigen Geschäftleuten vor allem Anhänger und Aktivisten der jeweils gegnerischen politischen Partei.

Unter diesen Umständen konnte das Ziel, eine unabhängiges, respektive ein mit weitreichenden Autonomierechten versehenes und von "bengalischen Einwanderern" freies tribal homeland errichten zu wollen, leicht in den Hintergrund geraten. Erschwerend kommt hinzu, daß der demographische Faktor in dieser Frage längst unumgängliche Fakten geschaffen hat. Die Folge war das Abgleiten in einen brutalen und mit allen Mitteln ausgefochtenen wie auch gut organisierten Bandenterror. Aussichten darauf, daß den Akteuren hierbei die finanziellen Mittel ausgehen oder daß die zentralstaatlichen paramilitärischen Kräfte der Border Security Force die Lage stabilisieren könnten, bestehen indessen nicht. Menschen- und Drogenhandel sowie Entführungen von Politiker und Industriellen bieten sowohl für die ATTF als auch für die NLFT eine sichere Einnahmequelle. Darüber hinaus stellt die unwegsame, über 800 Kilome ter lange Grenze zu Bangladesh ein schwer zu kontrollierendes und somit exzellentes Rückzugsgebiet dar, um sich, trotz neuerlicher Flugüberwachung, dem Zugriff durch indische Militäreinheiten zu entziehen.

Bürger gegen "gun culture"

Allen Umständen zum Trotz konnten die anhaltenden Gewaltakte eine Art Gegenbewegung auf "grass roots"-Ebene etwirken. Die Stammesgruppe der Jamatia hat eine Organisation namens Jamatia Hoda ins Leben gerufen, hinter deren Rücken sich die Stammesangehörigen sammeln und standhaft weigern, den ille galen Steuererhebungen und Wegezöllen der NLFT nachzukommen. Auch die indische Regierung, und mit ihr die Landesregierung in Tripura, scheinen in Anbetracht der neuerlichen Gräueltaten vom zwischenzeitlichen Dialogkurs abzuwetchen - muß sich doch gerade die linksgerichtete Landesregierung durch das von der ATTF durchgeführte Massaker besonders irritiert fühlen. Die gesellschaftspolitische Schieflage in Tripura scheint indessen immer mehr zuzunehmen, da die ausgedehnte Mißwirtschaft zusammen mit der Korruption und der hemmungslosen Ämterpatronage immer mehr gut ausgebildete indigene Jugendliche in die

Arbeitslosigkeit treiben. Ein Umstand, der die Rekrutierung neuer "Aufständischer" für die Terrorgruppen erleichtert und die Ausbreitung gerade jener "gun culture" begünstigt, die im wesentlichen der Durchsetzung politischer und ökonomischer Interessen der einflußreichen Eliten dient.

Die prekäre Situation betrifft nicht nur Tripura. Auch in Assam, Nagaland, Manipur und Meghalaya treten immer wieder bewaffnete Guerilla- und Terrorgruppen in Erscheinung, die die vorherrschenden Ressourcen-, Macht- und In-

teressenkonflikte gewaltsam auf dem Rücken der Bevölkerung austragen. Insgesamt haben seit der Unabhängigkeit Indiens im Jahr 1947 in der Nordostregion fast 50.000 Menschen ihr Leben durch solche Anschläge verloren. Über 30 größere und kleinere Gruppen fordern in einer von Delhi aus schwer zu kontrollierenden Grenzregion ein von Indien entweder gänzlich unabhängiges oder zumindest mit einer größeren Autonomie und mehr Selbstbestimmungsrechten versehenes Territorium.

Ob die indische Zentralregierung den

destabilisierenden Kräften in der Nordostregion auch in Zukunft noch Paroli bieten kann, bleibt angesichts der vielen ungelösten Probleme eher fraglich.

➤ Zum Autor:

Thomas Schmitt ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Internationale Politik und Entwicklungszusammenarbeit an der Universität Rostock.

Kinderarbeit im Baumwollanbau

Eine Studie belegt: Konzerne wie Monsanto, Bayer und Unilever Profitieren von ausbeuterischen Löhnen. Betroffen sind Zehntausende Kinder zwischen sechs und 14 Jahren.

Philipp Mimkes

Internationale Saatgutkonzerne profitieren von Kinderarbeit in ihrer schlimmsten Form. Zehntausende Kinder - überwiegend Mädchen zwischen sechs und 14 Jahren - arbeiten in Südindien in kleinen Zulieferbetrieben, die für große Unternehmen Baumwollsaatgut produzieren. Viele Kinder arbeiten aufgrund von Schuldknechtschaftverhältnissen über Jahre hinweg auf denselben Feldern, um Darlehen und Zinszahlungen abzuarbeiten. Für eine Zwölf-Stunden-Schicht erhalten sie weniger als 50 Euro-Cent, ihre Gesundheit wird durch giftige Pestizide geschädigt. Vom Schulbesuch sind sie ausgeschlossen - damit haben sie keine Chance, jemals aus dem Armutskreislauf ausbrechen zu können.

ies sind die Ergebnisse der Stu die "Kinderarbeit im indischen Baumwollanbau - die Rolle multinationaler Saatgut-Unternehmen". Die Studie wurde von dem Institut Glocal Research and Consultancy Services (GRCS) aus Hyderabad/Indien erstellt und Anfang August von der "Coordination gegen BAYER-Gefahren" und dem "Global

March Against Child Labour" in Deutschland veröffentlicht.

Insgesamt sind nach den Berechnungen des GRCS bis zu 450.000 Kinder in der indischen Baumwollsaat-Herstellung beschäftigt. Diese Zahlen übertreffen alle anderen Bereiche der indischen Wirtschaft, in denen Kinderarbeit auftritt (Teppichherstellung, Diamanten schleifen,

Verarbeitung von Kalkstein).

Saatgutkonzerne tragen Verantwortung

Die indische Gesetzgebung verbietet sowohl Einzelpersonen als auch Unternehmen das Eigentum an größeren Flä-